

Einreicher:

CDU-Fraktion

Anfrage

an Landrätin



an Vorsitzenden



öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Kreistag Uckermark

Datum:

27.09.2023

Inhalt:

Anfrage zur zahnmedizinischen Versorgung mit Blick auf Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

Fragestellung:

"Das Gesundheitsministerium des Landes Brandenburg hat erkannt und auch öffentlich bestätigt, dass mehr als ein Viertel der Zahnärzteschaft des Landes Brandenburg in den nächsten fünf Jahren auf Grund des erreichten Lebensalters, verbunden mit einer dem Allgemeinwohl verpflichteten Lebensleistung, in den Ruhestand gehen wird. Trotzdem wird die zahnmedizinische Versorgung als gesichert bewertet.

In Prenzlau sind in den letzten Jahren 9 Zahnärzte in Ruhestand gegangen ohne Praxisnachfolge.

Dieser traurige Trend ist leider in der ganzen Uckermark zu beobachten. Eine Praxisnachfolge mit den damit verbundenen Erfordernissen einer deutlich sechsstelligen Verschuldung, nur um den erlernten Beruf unter ständig variierenden staatlichen Auflagen auszuüben, ist nicht mehr zeitgemäß und für eine Vielzahl von Absolventen des Studienganges nicht erstrebenswert. Hinzu kommt der allgegenwärtige Trend, dass Fachkräfte, hier zahnmedizinische Fachangestellte, Prophylaxehelfer:innen oder Dentalhygieniker:innen, um nur Beispiele zu nennen, nicht zur Verfügung stehen.

Manche Zahnärztinnen oder Zahnärzte behandeln regelmäßig oder zeitweise allein weil sie aufgrund von Fachkräftemangel keine Helferin mehr haben.

Die Zahnärztinnen und Zahnärzte sind jetzt schon nicht mehr in der Lage, alle Patienten der Kollegen die in den Ruhestand gegangen sind zu übernehmen. Patienten nehmen deutlich weitere Wege zu „ihrem“ Zahnarzt in Kauf, Praxen agieren am Limit.

Die Bereitschaftsdienste behandeln häufiger Patienten die keinen Hauszahnarzt mehr haben. Das ist überhaupt nicht der Ansatz für die Schaffung eines Notdienstsystems gewesen. Bei Hausärzten und Fachärzten sind diese Probleme schon wesentlich länger vorhanden. Die Ausprägung mag sich unterscheiden, die Richtung ist immer gleich: Weniger Mediziner müssen versuchen, das Leben der älter werdenden Uckermärkerinnen und Uckermärker und deren Gesundheit zu erhalten.

Viele ärztliche und zahnärztliche Kollegen können beim besten Willen nicht erkennen, wie der Landkreis Uckermark bei der Aufnahme von über 1700, jetzt errechnet einige weniger, auch deren medizinische und zahnmedizinische Versorgung leisten kann.

Sie sind stellenweise fassungslos, wie die Politik diese Probleme einfach ignoriert.

Es fehlt massiv an Kapazitäten, Dolmetschern und Verständnis, was das Fehlen von Lösungsansätzen nach sich zieht, und das nicht nur im Gesundheitswesen. In Prenzlau manifestiert sich unübersehbar ein nachhaltiger Rückgang der Zahl zahnärztlicher Praxen mit einer schon jetzt nicht mehr grundsätzlich sicherzustellenden zeitnahen Terminvergabe. In anderen Bereichen der Uckermark ist das ebenso absehbar.

vor diesem Hintergrund ergeben sich eine Reihe von Fragen.

1. Ist es der Landrätin mit der von ihr geführten Verwaltung möglich Zahnarztpraxen mindestens in den Städten Templin, Prenzlau, Angermünde und Schwedt zu benennen, bei denen Patienten für eine vollständige, umfassende Versorgung neu aufgenommen werden? Wie viele von jenen Praxen können komplikationslos Patienten behandeln, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder das Lesen und Schreiben auch im Erwachsenenalter nicht alltagsgebräuchlich beherrschen?
2. Wie erfolgt eine rechtssichere Aufklärung über die notwendige Behandlung in Zahnarztpraxen, die nicht über mehrsprachige Mitarbeiter oder angestellte Dolmetscher, im besten Fall mit medizinischen Fachkenntnissen verfügen?
3. Wie viele fachlich, das meint hier zahnmedizinisch, versierte Übersetzer gibt es im Landkreis Uckermark, wie viele von Ihnen können direkt und kurzfristig für Geflüchtete mit nicht-europäischer Muttersprache eingesetzt werden?"

gez. Thomas Neumann

Unterschrift

24.09.2023

Datum